

Presseinformation

Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2024

Insolvenzwelle erreicht die deutsche Wirtschaft

Die Wirtschaftskrise hat zu einem deutlichen Anstieg der Insolvenzen in Deutschland geführt. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg im Jahr 2024 auf 22.400 Fälle – der höchste Wert seit 2015 (23.180 Fälle). Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Fallzahlen um 24,3 Prozent.

„Mit einiger Verzögerung schlagen die Krisen der vergangenen Jahre nun als Insolvenzen bei den Unternehmen durch. Der wirtschaftspolitische Stillstand und die rückläufige Innovationskraft haben den Wirtschaftsstandort Deutschland geschwächt. Daher rechnen wir in 2025 mit einem weiteren Anstieg der Fälle. Damit könnten bald wieder Insolvenzzahlen nahe an den Höchstwerten der Jahre 2009 und 2010 in Sichtweite kommen, als über 32.000 Unternehmen in die Insolvenz gingen“, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung.

Auch bei Verbrauchern mehr Insolvenzen

Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ist im Jahr 2024 gestiegen. Insgesamt wurden 72.100 neue Verfahren registriert – ein Plus von 8,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (66.450 Fälle). „Die sich bereits 2023 abzeichnende Trendwende hat sich 2024 verstärkt“, ergänzt Creditreform Geschäftsführer Bernd Bütow. Hauptursachen für den Anstieg seien die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und höhere Kreditzinsen, die die Verbraucher erheblich belasten. Zusätzlich verschärft sich die Lage durch den zunehmenden Abbau von gut bezahlten Arbeitsplätzen.

Deutschlandweit wurden im Jahr 2024 insgesamt 121.300 Insolvenzverfahren registriert – ein Anstieg um 10,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2023: 109.680 Verfahren).

Starker Anstieg bei Großinsolvenzen

Die Mehrheit der Unternehmensinsolvenzen betrifft Kleinunternehmen mit höchstens zehn Beschäftigten, die 81,4 Prozent aller Fälle ausmachen. Auffällig ist jedoch der überdurchschnittliche Anstieg der Insolvenzen bei größeren Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Hier kletterten die Fallzahlen um 44,4 Prozent.

„Ihr Anteil am Insolvenzaufkommen bleibt zwar gering, doch die Folgen von Großinsolvenzen sind erheblich: hohe Forderungsausfälle und Arbeitsplatzverluste“, erklärt Bütow. Besonders besorgniserregend sei die Zunahme sogenannter „Ketteninsolvenzen“. Die anhaltenden Krisen der vergangenen Jahre – von Corona bis hin zur Inflation –

haben zahlreiche Unternehmen ausgezehrt und fördern nun diese Dynamik.

Hohe Schäden für die Gläubiger

Eine Analyse der Creditreform Wirtschaftsforschung zeigt einen deutlichen Anstieg der Gläubigerschäden. Die geschätzte Schadenssumme beläuft sich auf 56 Mrd. Euro – ein erheblicher Zuwachs im Vergleich zu 2023 (31,2 Mrd. Euro). Auch die Zahl der bedrohten oder weggefallenen Arbeitsplätze ist signifikant gestiegen. 2024 waren rund 320.000 Arbeitsplätze betroffen – erheblich mehr als 2023 (205.000). Großinsolvenzen wie die von GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH und FTI Touristik GmbH trugen maßgeblich zu dieser Entwicklung bei.

Dienstleister besonders betroffen

Die Insolvenzzahlen stiegen in allen Wirtschaftsbereichen und übertrafen das Vor-Corona-Niveau. Besonders betroffen war das Dienstleistungsgewerbe mit einem Anstieg von 27,1 Prozent, gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (plus 23,9 Prozent). Die höchste Insolvenzquote – gemessen an den Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen – entfiel auf das Baugewerbe (97).

Deutsche Industrie in der Krise

Für die deutsche Industrie haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den vergangenen Monaten massiv verschärft. Stellenabbau und Werksschließungen häufen sich.

„Neben der schwachen Konjunktur erschweren auch strukturelle Probleme die Lage“, erläutert Hantzsch. „Hohe Kosten – etwa für Energie und Arbeitskräfte – mindern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und verschärfen die bestehenden Herausforderungen.“

Seit dem Tiefpunkt 2021 sind die Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe um mehr als 80 Prozent gestiegen – ein deutlich stärkerer Anstieg als in der Gesamtwirtschaft. Besonders erhöhten sich die Fallzahlen in Industriezweigen wie Metallerzeugung und -bearbeitung sowie Papierwarenproduktion, wo die Insolvenzen im Vergleich zu 2023 um über 200 Prozent zulegten. Auch die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Getränkeproduktion verzeichneten überdurchschnittlich hohe Zuwächse.

„Die aktuelle Insolvenzwelle legt auch die Schwächen der deutschen Wirtschaft offen“, fasst Hantzsch die Entwicklung zusammen. Die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen, wie etwa eine Senkung der Stromkosten zur Entlastung der Industrie, werden angesichts der aktuellen politischen Lage jedoch voraussichtlich kaum ausreichend sein, die Krise aufzuhalten.

(ca. 4.700 Zeichen)

Frankfurt/Neuss, 16. Dezember 2024